



KOMMENTAR DER DIREKTORIN

Ja zur OECD-Mindestbesteuerung

bangoland/shutterstock.com



Am 18. Juni stimmen wir einmal mehr über die Frage ab, wie grosse Unternehmen in der Schweiz besteuert werden sollen. Hintergrund ist, dass sich die Staaten der OECD gemeinsam auf Grundsätze der Besteuerung grosser international tätiger Unternehmen geeinigt haben, neu soll in allen Ländern eine Mindeststeuer von 15 % gel-

ten. Auch in der Schweiz. Über die dafür notwendige Verfassungsänderung stimmen wir ab.

Kritiker mögen sich darüber ärgern, dass der Schweiz einmal mehr von aussen eine Steueränderung aufoktroiiert wird. Indessen: Würde sich die Schweiz nicht an die Vereinbarung der OECD-Staaten halten, dürften andere Länder, in denen das entsprechend Unternehmen ebenfalls tätig ist, die fehlende Besteuerung vornehmen. Damit würde Steuergeld in Millionenhöhe ins Ausland fließen, was nicht im Sinne der Schweiz ist. Die Situation wäre zudem für Schweizer Unternehmen höchst unsicher, da sie im Ausland laufend aufwändige Steuerverfahren befürchten müssten.

Von der Mindeststeuer sind rund 200 international

tätige Schweizer Grossunternehmen und 2000 hier ansässige ausländische Firmen betroffen, denn in einzelnen Kantonen liegt die Unternehmenssteuer heute tiefer als die nötigen 15%. Hier müssen die Kantone Steuererhöhungen vornehmen. Die aus dieser Steuererhöhung resultierenden Mehreinnahmen werden grob auf 1- 2.5 Milliarden Franken geschätzt und sollen zwischen Bund und Kantonen aufgeteilt werden. 75 Prozent der Einnahmen sollen bei den Kantonen bleiben, 25 Prozent an den Bund fließen.

Die immergleichen Gegner des Steuerwettbewerbs kritisieren, dass der grössere Teil der Mehreinnahmen bei den Kantonen bleibt. Die festgesetzte Aufteilung der Mehreinnahmen zwischen Bund und Kantonen ist jedoch ein sorgfältig austarierter Kompromiss, und der bewährte nationale Finanzausgleich sorgt dafür, dass alle Kantone fair von den Mehreinnahmen profitieren. Jene Kantone, welche ihre Steuern massgeblich erhöhen müssen, erhalten so Spielraum, um in Massnahmen zum Erhalt ihrer Standortattraktivität zu investieren.

Die Schweiz soll weiterhin ein attraktiver Standort auch für international tätige Unternehmen bleiben, und diese sollen weiterhin ihre Steuern in der Schweiz bezahlen. Das erreichen wir mit der OECD-Mindestbesteuerung. Aus diesem Grund sage ich mit Überzeugung ja zu dieser Steuerreform.

DR. REGINE SAUTER, DIREKTORIN

Gemeinsam mit der Wirtschaft gegen den Klimawandel

Am 18. Juni 2023 stimmt die Schweiz über das Klimaschutzgesetz ab. Anstelle von Verboten und Strassenblockaden sollen sinnvolle Rahmenbedingungen und technologische Innovation gegen den Klimawandel zum Einsatz kommen. Damit kann die Standortattraktivität der Schweiz nicht nur erhalten, sondern weiter gefördert werden.

AUTORIN: CORNELIA BIRCHLER, MITARBEITERIN WIRTSCHAFTSPOLITIK

Es ist unbestritten, dass der weltweite Ausstoss von CO₂ ein gefährliches Ausmass angenommen hat. Ebenso unbestritten ist, dass uns die Folgen der Erderwärmung noch lange teuer zu stehen kommen werden. Deutlich weniger klar ist jedoch die Antwort zu einer kurzen, aber hoch relevanten Frage: Was sollen wir gegen den Klimawandel unternehmen?

Einige Klimaaktivisten wählen den Weg des zivilen Ungehorsams. Sie kleben sich auf Strassen und fordern einen Klimanotstand anstelle von demokratisch legitimierten Massnahmen. Andere zeichnen ein Feindbild der Wirtschaft und verlangen restriktive Verbote. Dabei entsteht oft der Eindruck, dass wirksame Lösungen nicht gemeinsam mit der Wirtschaft gefunden werden können. Dieses Narrativ gilt es indessen zu entkräften, denn es ist nicht nur falsch, sondern auch kontraproduktiv.

Falsch, weil sich die Wirtschaft für den Klimaschutz engagiert. Der Dachverband der Schweizer Wirtschaft Economiesuisse bekennt sich in einem eigenen Klimaprogramm mit konkreten Handlungsanweisungen zum Netto-Null Ziel 2050. Die Schweizer Industrie hat im Jahr 2020 ihre Emissionen gegenüber 1990 um mehr als 15 Prozent verringert und damit als einziger Akteur des Landes das gesetzte Reduktionsziel auch tatsächlich erreicht. Kontraproduktiv, weil das Netto-Null Ziel ohne die Wirtschaft nicht erreicht werden kann. Sie ist nicht nur als Innovationsmotor für nachhaltige Technologien unabdingbar, sondern sie leistet als Finanzmotor der Gesellschaft auch den nötigen Beitrag zur Realisierung jeglicher Massnahmen.

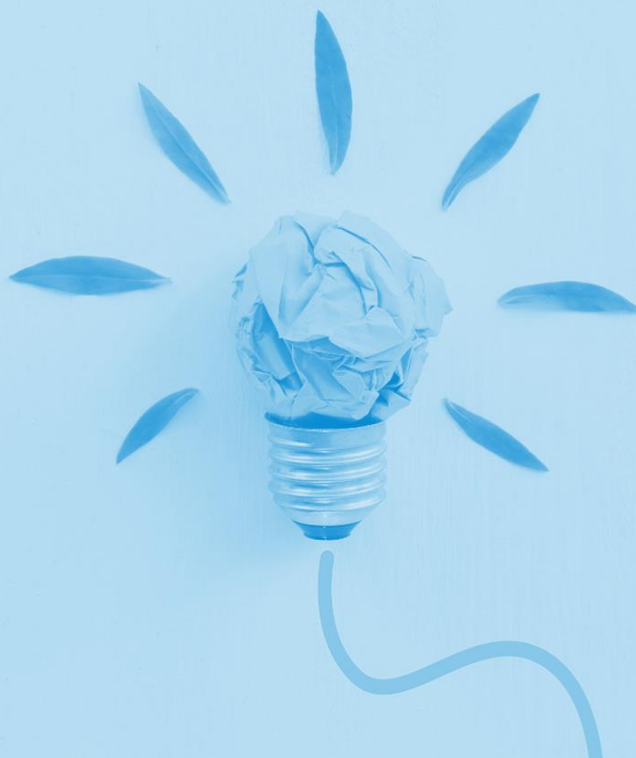
Schaden wir also dem Wirtschaftsstandort, dann schaden wir auch unseren Kapazitäten, das Problem tatsächlich zu lösen. Anstelle von Verboten und Strassenblockaden müssen Massnahmen ergriffen werden, die effizient, umsetzbar und wirtschaftsfreundlich sind. Nur so können Verbesserungen nachhaltig umgesetzt und Netto-Null bis 2050 erreicht werden.

Die Politik sollte daher das Potential der Wirtschaft bei der Reduktion von Emissionen unterstützen, anstatt limitieren und ihrem Beitrag im Erreichen der Klimaziele Rechnung tragen. Mit dem Klimaschutzgesetz, das als indirekter Gegenvorschlag zur sogenannten Gletscherinitiative entwickelt wurde, ist dies gelungen.

« Die Politik muss der Bedeutung der Wirtschaft im Erreichen der Klimaziele Rechnung tragen. Anstelle von Verboten und Strassenblockaden müssen also Lösungen gefunden werden, die effizient, umsetzbar und wirtschaftsfreundlich sind. »

Die Gletscherinitiative

Die Volksinitiative "Für ein gesundes Klima (Gletscher-Initiative)" wurde im Winter 2019 durch den Verein Klimaschutz Schweiz eingereicht. Die Initianten setzten insbesondere auf Verbote. So sollten Kompensationsmassnahmen nur noch im Inland möglich sein und fossile Energieträger (Heizöl, Erdgas, Kohle, Benzin, Diesel, Kerosin) ab 2050 nicht mehr in den Verkehr gebracht werden können. Mit letzterem würde man jetzt ein Verbot im Gesetz verankern, das erst nach über 25 Jahren zur Anwendung käme. Für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts ist es jedoch zwingend, dass wir offen gegenüber unerwarteten Entwicklungen bleiben. Denn spätestens seit der Corona-Pandemie ist klar, dass die Zukunft unvorhergesehenes bringt und Flexibilität überlebenswichtig ist.



tomertu/shutterstock.com

Eine wirtschaftsfreundliche und effektive Alternative: Das Klimaschutzgesetz

Trotz aller Kritik ist das Kernanliegen der Gletscherinitiative klar zu unterstützen: eine klimaneutrale Schweiz ab 2050. Die Schweiz hat das Pariser Klimaabkommen ratifiziert und sich damit international zu einer Reduktion der eigenen Treibhausgasemissionen bekannt. Die zunehmende Zahl extremer Wetterlagen macht dieses Anliegen auch für das Inland sichtbar und dringend. Der indirekte Gegenvorschlag, das Klimaschutzgesetz, hält daher am Netto-Null Ziel fest. Anstelle von restriktiven Verboten und limitierenden Vorschriften folgt er aber einem pragmatischen und lösungsorientierten Ansatz, der ausreichend Freiraum für Innovation schafft.

So verzichtet das Klimaschutzgesetz auf ein Verbot fossiler Brennstoffe. Die Reduktion dieser Energieträger ist zwar ein klares Ziel des Gesetzes, dem unplanbaren Verlauf von technologischem Fortschritt wird aber Rechnung getragen. So wird in Art. 3 festgehalten: "Die Verminderungsziele müssen technisch möglich und wirtschaftlich tragbar sein". Insbesondere mit Blick auf eine mögliche Energiemangellage und geopolitischen Verwerfungen ist dieser offene Ansatz sehr zu begrüßen. Die Möglichkeit, Emissionen nötigenfalls auch im Ausland zu kompensieren, schafft weitere Flexibilität.

Innovation fördern

Die Schweiz gehört zu den innovationsstärksten Ländern der Welt. Damit dies so bleibt, müssen jetzt die richtigen Weichen gestellt werden. Das Klimaschutzgesetz anerkennt dies und fördert die Entwicklung von innovativen und effizienten Technologien. So kann der Bund Unternehmen und Branchen, die bis 2029 konkrete Pläne für Netto-Null entwickelt haben, fachlich unterstützen. Darüber hinaus stellt er finanzielle Mittel zur Förderung von neuartigen Technologien und Prozessen zur Verfügung. Damit wird nicht nur die Standortattraktivität erhalten, sondern weiter gefördert.

Ein sinnvoller Kompromiss

Da die SVP das Referendum ergriffen hat, stimmt die Schweiz am 18. Juni 2023 über das Klimaschutzgesetz ab. Zwar ist der Gegenvorschlag auch aus liberaler Sicht nicht perfekt, so sind Finanzhilfen durch den Bund für den Ersatz von Heizungen nicht ideal. Das Klimaschutzgesetz stellt aber eine pragmatische und sachliche Grundlage dar, um das Netto-Null-Ziel tatsächlich zu erreichen. Perfektion gibt es in der Realität wohl nie. Dass dennoch eine ausgeglichene und wirtschaftsfreundliche Gesetzesgrundlage entstanden ist, der auch die Initianten der Gletscherinitiative zustimmen können, ist ein grosser Schritt in die richtige Richtung. Das Klimaschutzgesetz ist daher klar anzunehmen.

www.zhk.ch 

ZHK News

Mit der Individualbesteuerung die Wirtschaft stärken

Im März 2023 hat der Bundesrat die Vernehmlassung zur Individualbesteuerung abgeschlossen. Die Variante 1 seines Gesetzesentwurfs ist dabei klar zu bevorzugen. Sie minimiert bestehende Fehlanreize konsequent und schafft die richtigen Voraussetzungen, um Fachkräfte – insbesondere Frauen – zurück in den Arbeitsmarkt zu bringen.

Verheiratete Paare gelten in der Schweiz als ökonomische Einheit und werden als solche gemeinsam besteuert. In unserem progressiven Steuersystem hat dies beachtliche Konsequenzen für die Steuerlast: Sind beide Partner erwerbstätig, kommt bei einem verheirateten Paar eine höhere Progressionsstufe zur Anwendung, als wenn das gleiche Paar im Konkubinat lebte. Der Staat beschenkt eine Eheschliessung mit einer teuren Steuerrechnung.

Auch die Wirtschaft spürt die negativen Folgen dieses Systems. Denn bereits bei einem geringen Pensum ist heute das Zweiteinkommen in einer Ehe einer hohen Grenzsteuerbelastung unterworfen. Viele qualifizierte Fachkräfte, die verheiratet sind, bleiben daher dem Arbeitsmarkt fern. In der Schweiz betrifft dies meist die Frauen. Damit liegt ein beachtliches Potenzial an Arbeitskräften brach.

Ehepaare wie auch Unternehmen brauchen daher dringend ein neues Steuermodell, das negative Erwerbsanreize aus der Welt schafft. Die vom Bundesrat zur Diskussion gestellte Variante 1 des Gesetzesentwurfs wird diesem Anspruch klar gerecht. Bestehende Fehlanreize werden konsequent behoben. Die in Variante 2 vorgeschlagene Entlastungsmassnahme für Ehepaare mit nur

einem Einkommen (oder einem tiefen Zweiteinkommen) würde dem angestrebten Erwerbsanreiz entgegenwirken. Variante 1 ist auch mit Blick auf eine effiziente Umsetzung klar zu bevorzugen, da auf eine aufwendige Koordination zwischen der Veranlagung der beiden Ehepartner verzichtet wird.

Der schweizweite Fachkräftemangel stellt für Unternehmen eine grosse Belastung dar. Ein Systemwechsel bei der Besteuerung kann Entlastung bringen. Die ZHK unterstützt deshalb die Vorlage über die Einführung der Individualbesteuerung aufgrund der damit verbundenen Verbesserung der Arbeitsanreize klar.

www.zhk.ch

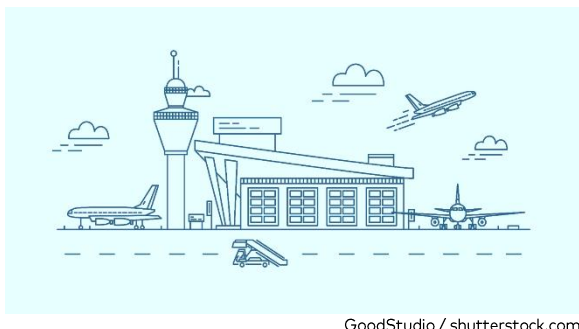


Nutzer der Luftfahrt exponieren sich

Der Verband Aviationsuisse trägt dazu bei, dass sich die Nutzer der Luftfahrt national für eine gute globale Verkehrsanbindung einsetzen. Gerade für den Standort Zürich ist dies entscheidend wichtig. Präsiert wird der Verband von Regine Sauter, Direktorin der Zürcher Handelskammer.

Die Nutzer der Luftfahrt müssen klar machen, wie wichtig die gute Erreichbarkeit der Schweiz ist – und sich exponieren. Dies ist ein wichtiges Ziel von Aviationsuisse, wie Präsidentin Regine Sauter kürzlich an der Generalversammlung in der Arrival Lounge der Swiss am Flughafen Zürich sagte. Die gute Erreichbarkeit ist nicht selbstverständlich. Als ein Beispiel nannte Regine Sauter die geplanten Pistenverlängerungen am Flughafen Zürich. Deren Vorteile sind augenscheinlich: Mehr Sicherheit, mehr Pünktlichkeit, mehr Nachtruhe für alle. Trotzdem wird das offensichtlich notwendige Projekt am wichtigsten Landesflughafen der Schweiz von Linksrück in Frage gestellt. Umso wichtiger ist, dass die Nutzer sich zu Wort melden – und die Wichtigkeit der internationalen Vernetzung sowie der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Luftfahrt betonen. Erfreulich ist, dass die Einsicht für dieses Engagement in der Wirtschaft erkannt ist. Aviationsuisse ist innert Jahresfrist von einer Handvoll auf 17 Mitglieder und vier Beiräte angewachsen.





Swiss will bis 2050 CO₂-neutral fliegen

Dass die Luftfahrt auch Hausaufgaben machen muss, betonte an der Generalversammlung von Aviationsuisse die Zürcher Regierungsrätin Carmen Walker Späh in einem Grusswort. Die Luftfahrt muss ökologisch werden, mit ganz konkreten Massnahmen, wie die Volkswirtschaftsdirektorin sagte. Als Schlüssel zum Gelingen dieser Transformation sieht sie einerseits den Einsatz von effizienteren, moderneren Flugzeugen und andererseits nachhaltige Treibstoffe, so genannte Sustainable Aviation Fuels. Swiss-CEO Dieter Vranckx stimmte der Regierungsrätin zu – auch er sieht Investitionen in die Flotte und nachhaltige Treibstoffe als Königsweg. Darum beteiligte sich Swiss kürzlich am ETH-Spin-off Synhelion, das Solartreibstoff herstellt. Bis 2050 soll die Swiss CO₂-neutral fliegen, bekräftigte Dieter Vranckx.

www.zhk.ch

Die Verkehrskommission des Kantonsrats Zürich anerkennt die Wichtigkeit der Pistenverlängerungen am Flughafen Zürich

Unser Wirtschaftsstandort braucht einen zuverlässigen Flughafen. Die geplanten Pistenverlängerungen bringen mehrfache Vorteile und tragen dazu bei, dass der Betrieb am Flughafen Zürich stabiler und verlässlicher wird. Die Zürcher Handelskammer ist deshalb erfreut, dass sich die zuständige Kantonsratskommission für die Pistenverlängerungen ausspricht und fordert den Kantonsrat auf, diesem Antrag zu folgen.

Der Flughafen Zürich ist für den Grossraum Zürich und für das ganze Land von hoher volkswirtschaftlicher Bedeutung. Dass eine verlässliche internationale Anbindung für die Wirtschaft wichtig ist, bestätigen uns die Unternehmen immer wieder. In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass das bestehende System zu wenig stabil ist.

Zu den Verkehrsspitzen kam es je nach Wetterlage vermehrt zu Verspätungen, welche die Funktion des Flughafens Zürich als einziges interkontinentales Luftverkehrsdrehkreuz der Schweiz gefährden.

Um die internationale Vernetzung Zürichs mit der Welt langfristig zu gewährleisten, muss sich der Flughafen den veränderten Verhältnissen anpassen können. Die bereits vom Bund geforderten Pistenverlängerungen ermöglichen es dem Flughafen, bei allen Wetterlagen zuverlässig und stabil zu funktionieren. Die Pünktlichkeit wird verbessert, weil der Betrieb des Flughafens weniger von Wetterlagen abhängt. Damit werden zudem weniger Flüge nach 23 Uhr nötig. Das bringt allen Anwohnerinnen und Anwohnern des Flughafens mehr Nachtruhe und senkt die Lärmbelastung.

Die Zürcher Handelskammer fordert den Kantonsrat deshalb auf, mit Blick auf diese Vorteile die Pistenverlängerungen zu bewilligen und damit dem Antrag der zuständigen Kommission zu folgen.

www.zhk.ch

ZHK DIENSTLEISTUNGEN

Entdecken Sie das ZHK-Firmenwiki

Das ZHK-Firmenwiki, kurz Fiwi, vereint alle Nachrichten derjenigen Unternehmen, welche Mitglied bei der Zürcher Handelskammer sind. Gibt es spannende Nachrichten und Informationen über Ihr Unternehmen zu berichten, die auch für andere relevant sind, dann können Sie gerne Informationen und Medienmitteilungen an folgende E-Mail-Adresse schicken: zhkfirmenwiki@punkt4.info

www.zhk.ch/fiwi

Serie Nachhaltige Unternehmen: Wie man vier Ziele gleichzeitig angeht

Für die Zürcher Übersetzungsagentur Translingua AG ist Nachhaltigkeit ein Gebot der Stunde. Geschäftsführer Lorenz Eymann ist überzeugt, dass Translingua als Schweizer Sprachdienstleister einen echten und messbaren Beitrag für die Nachhaltigkeitsziele der UNO leisten kann.

2020 hat Translingua beschlossen, am Programm Swiss Triple Impact (STI) teilzunehmen und aufgenommen zu werden. In einem mehrstufigen Prozess wurden die ökologischen und sozialen Auswirkungen des Unternehmens gemeinsam mit externen Expertinnen und Experten durchleuchtet. Der Austausch mit Teilnehmenden aus anderen Branchen sowie die professionelle Methodik von Swiss Triple Impact hat gemäss Geschäftsführer Lorenz Eymann nicht nur zur richtigen Fokussierung, sondern auch zum Anstoss von innovativen Dienstleistungen geführt.

Auf Basis der von Swiss Triple Impact durchgeführten Workshops hat sich Translingua in der Folge zu nachstehenden vier Zielen verpflichtet: CO₂-Neutralität, faire Zusammenarbeit mit Freelance-Mitarbeitenden extern abfragen und sicherstellen, Dienstleistungen mit Nachhaltigkeits-Mehrwert erbringen und Papierverbrauch senken.

Zufriedenheit erhöhen, Stromverbrauch senken

Um das zweite Ziel zu erreichen, hat Translingua die swintelligence GmbH mit der Durchführung einer anonymen Umfrage beauftragt. Diese ergab, dass zirka 95 % der Translingua-Freelance-Mitarbeitenden mit der Zusammenarbeit eher zufrieden (5,26 %), zufrieden (28,95 %) oder sehr zufrieden (60,53 %) sind. 97 % der Teilnehmenden fühlen sich von Translingua fair behandelt. Das bezahlte Honorar wird von 92 % als fair oder sehr fair taxiert. «Die positiven Resultate haben uns gezeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Professionelle und partnerschaftliche Freelance-Kooperationen erzeugen bei allen Beteiligten mehr Wertschöpfung», ist Lorenz Eymann überzeugt.

Parallel zu der Zieldefinition und -erreicherung mit Swiss Triple Impact nutzte Translingua eine Beratung durch den Öko-Kompass und erreichte dadurch unter anderem eine Senkung des Stromverbrauchs.

Wollen Sie mehr über das STI-Programm erfahren? Melden Sie sich an für eine kostenlose online Einführung am Dienstag, 9. Mai 2023, 10.30-11.30 Uhr: shorturl.at/hnAM3

Kurznews

Schweiz bleibt Patentweltmeisterin

Aus der Schweiz sind 2022 insgesamt 9008 Patente beim Europäischen Patentamt angemeldet worden. Damit bleibt das Land globaler Spitzenreiter bei der Zahl der Patentanmeldungen pro Kopf. Absolut liegt die Schweiz weltweit auf dem siebten Platz.

www.epo.org



Zürcher Kantonsrat genehmigt Kredit für neues UZH-Zentrum

Die Universität Zürich (UZH) ist dem Bau eines neuen Bildungs- und Forschungszentrums ein Stück näher gerückt. Der Zürcher Kantonsrat hat den dafür veranschlagten Kredit in Höhe von 598 Millionen Franken gebilligt. Das FORUM UZH soll neuer Dreh- und Angelpunkt der Hochschule werden.

www.news.uzh.ch



Schweiz hat neue Nationale Cyberstrategie

Bundesrat und Kantone haben die neue Nationale Cyberstrategie abgesegnet. Sie ersetzt die zuletzt gültige Strategie und zeigt auf, wie das Land dieser Bedrohung künftig begegnen will. Deren Umsetzung soll ein Steuerungsausschuss mit den zentralen Akteuren der Cybersicherheit erarbeiten.

www.admin.ch



Freihandelsabkommen zwischen EFTA und Moldau steht

Die Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und der Republik Moldau sind erfolgreich abgeschlossen worden. Es soll am 27. Juni bei der EFTA-Ministerkonferenz in Schaan unterzeichnet werden.

www.admin.ch

ICT-Branche erwartet rentables Wachstum

Die ICT-Branche geht von positiven Entwicklungen bei Auftragseingang, Umsatz und Bruttomarge aus. Auch der Branche Imaging/Printing/Finishing ist die Rückkehr in die Wachstumszone gelungen. Nur die Sparte Consumer Electronics ist pessimistisch. Dies zeigt der aktuelle ICT Index von Swico.

www.ict.com

Bürokratie hemmt Firmengründer

Start-ups werden durch administrative Anforderungen gebremst. Das hat eine Studie der Universität St.Gallen über die Rahmenbedingungen für Gründer ergeben. Hochschullandschaft und Finanzierungen seien befriedigend.

www.unisg.ch

SERV schafft 53 Prozent mehr Exporte

Die Instrumente der Schweizerischen Exportrisikoversicherung (SERV) haben einen positiven Effekt auf Arbeitsplätze und Exporte. Das hat eine Studie nun erstmals gemessen und belegt. Demnach wäre mehr als die Hälfte der versicherten Schweizer Exporte ohne die SERV nicht getätigt worden.

www.serv-ch.com

Zürich ist beim Smart City Index 2023 erneut auf Platz 1

Zürich wird zum vierten Mal in Folge auf Platz 1 des globalen IMD Smart City Index 2023 geführt. Er misst anhand zahlreicher Kriterien, wie intelligent eine Bevölkerung ihre Stadt findet. Unter den insgesamt 141 untersuchten Städten liegt Lausanne auf Platz 5 und Genf auf Platz 9.

www.imd.org

GZA zieht positives Fazit für 2022

Die Greater Zurich Area AG (GZA) hat 2022 insgesamt 108 Firmen aus dem Ausland bei der Ansiedlung im Wirtschaftsraum Zürich unterstützt. Die Unternehmen schufen 516 Arbeitsplätze und planen 1292 weitere. Spitzenreiter waren Firmen aus den Life Sciences sowie Fintech und Blockchain.

www.greaterzuricharea.com

Erster KMU Innovationstag vernetzt rund 200 Interessierte

Der erste Zürcher KMU Innovationstag hat am 30. März rund 200 Unternehmerinnen und Unternehmer am Innovationspark Zürich in Dübendorf zusammengebracht. Fachleute stellten Wege vor, damit KMU ihr Innovationspotenzial noch besser ausschöpfen können.

www.zh.ch

Zürich liegt im Europe's Best Cities Report 2023 auf Platz 5

Fünf Schweizer Städte werden im Europe's Best Cities Report von Resonance Consultancy, einer weltweit tätigen Beratungsfirma für Standortpromotion, unter den besten 100 geführt. Zürich nimmt Rang 5 ein. Basel und Genf folgen auf Rang 9 und 10, Bern auf Rang 18 und Lausanne auf Rang 24.

www.worldsbestcities.com

Schweiz und Kanada erweitern Partnerschaften für Forschung

Die Schweiz und Kanada bauen ihre Partnerschaften in den Bereichen Wissenschaft, Technologie und Innovation aus. Dazu haben Bundesrat Guy Parmelin und der kanadische Wissenschaftsminister François-Philippe Champagne eine bestehende Vereinbarung bis 2028 verlängert und erweitert.

www.admin.ch

Aktuelle News

25.

MAI
2023

Partner-Event: Studienpräsentation "Wie verhandeln Schweizer Führungskräfte?"

12.

JUNI
2023

**Wirtschaft@Wirtschaft
Megatrends New Materials,
Hidden Tech & Human Machine**

27.

JUNI
2023

**ZHK-Generalversammlung 2023
Für ZHK-Mitglieder und geladene
Gäste**

Weitere Informationen sowie die Anmeldung für diese und andere ZHK- und Partner-Events finden Sie unter:

www.zhk.ch/events

Neue ZHK-Mitglieder

Itecor Schweiz AG

Von unserer 30-jährigen Präsenz in der Romandie sowie dem Know-how von über 230 Mitarbeitern können nun auch Firmen in und um Zürich profitieren. Als IT-Dienstleister unterstützen wir unsere Kunden bei ihrer digitalen Transformation. Unsere 4 strategischen Geschäftsfelder sind Testautomation, Prozessautomatisierung (RPA), ITSM (mit ServiceNow und Jira) sowie Cloud.

www.itecor.com

ddrobotec® by Dynamic Devices AG

ddrobotec® by Dynamic Devices AG ist ein Schweizer Deep-Tech-Unternehmen mit Hauptsitzen in Zürich und Tokio. Wir sind spezialisiert auf die Konzeption, Entwicklung, Produktion und weltweite Vermarktung einer datenbasierten Health-Intelligence Plattform, die smartes Krafttraining, Robotik und cloud-basierte Datenanalyse mit motivierenden Exergames vereint.

www.ddrobotec.com



IMPRESSUM

Die Zürcher Handelskammer vertritt als branchenübergreifender Wirtschaftsverband die Interessen ihrer rund 1100 Mitglieder in den Kantonen Zürich, Zug und Schaffhausen. Sie setzt sich seit 150 Jahren für liberale und wettbewerbliche Rahmenbedingungen für Unternehmen ein und bietet zahlreiche Dienstleistungen für die exportierende Wirtschaft an.

Die ZHK behält sich vor, eingesandte Texte zu kürzen oder zu modifizieren.

Quellen: ZHK, Café Europe, rivedia.com

Redaktionsschluss «Stimme der Wirtschaft» der Zürcher Handelskammer

Ausgabe 06/23: Montag, 15. Mai 2023

Abonnieren Sie auch unseren elektronischen Newsletter unter:

www.zhk.ch/newsletter

Zürcher Handelskammer

Löwenstrasse 11, Postfach,
8021 Zürich, zhk.ch

Direktion

Tel. +41(0)44 217 40 50
direktion@zhk.ch

Beglaubigungen /
Carnet ATA

Tel. +41(0)44 217 40 40
beglaubigung@zhk.ch